



Bei älteren Menschen steigt die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement an, in erster Linie bei den 65- bis 74jährigen. Das zeigt der jüngste Freiwilligensurvey (2010) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Am stärksten engagieren sich Seniorinnen und Senioren im kirchlich-sozialen Bereich, dann folgen Sport, Kultur und Musik. Abgeschlagen auf den hinteren Rangplätzen liegt das gesellschaftspolitische Engagement, das sich nach wie vor keiner großen Beliebtheit erfreut. Woran liegt das? An den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung? An den (gesetzlichen) Rahmenbedingungen? Oder gibt es andere Ursachen?



Prof. Dr. Christiane Dienel

Einführungsvortrag

Referentin: Professor Dr. Christiane Dienel

Historikerin und Sozialwissenschaftlerin, seit 2010 Präsidentin der Hochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen, 2006 – 2009 Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, wissenschaftliche Leiterin des nexus Instituts für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH, Berlin.

Frau Professor Dienel stellt ihr Gutachten vor, bundesweit die erste empirische Studie über die Erfahrungen politischer Mitwirkung älterer Menschen. Diese Expertise wurde 2010 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt. Zu finden ist das Gutachten unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/07745.pdf>

Berlin: Pionier und Vorreiter in Deutschland

Nirgendwo sonst in der Republik – betont Professor Dienel – ist das Klima für gesellschaftspolitisches Engagement von Seniorinnen und Senioren so günstig wie in Berlin. Deswegen wurde 2006 das Berliner Mitwirkungsgesetz verabschiedet. Für Deutschland ist es beispielhaft. Die Republik schaut auf Berlin; darauf ob und wie das Gesetz funktioniert. Berlin hat die Pionierrolle übernommen und ist insoweit auch Experimentierfeld.

Ziel des Gesetzes ist es, älteren Menschen die gesellschaftliche und politische Teilnahme zu erleichtern. In Zeiten des demografischen Wandels gewinnt es zunehmend an Bedeutung, Älteren verstärkt die Gelegenheit zur Partizipation zu geben. 2010 wird das Gesetz überarbeitet. Ziel des Gutachtens ist es, Möglichkeiten der Gesetzesnovellierung aufzuzeigen.

Mit dem Mitwirkungsgesetz hat sich der Charakter bzw. das Selbstverständnis des Engagements der Berliner Seniorinnen und Senioren geändert: vom Beirat zur demokratischen Vertretung. Seniorenvertretungen arbeiten unabhängig von Parteipolitik und Weltanschauung. Jedoch: Sie ist bewusst parteilich und tritt anwaltlich für ältere Menschen auf. Das Berliner Gesetz orientiert sich an Österreich, das als Vorbild dient. Parteieinfluss spielte eine wichtige Rolle in Österreich und auch Berlin; ihren Einfluss auf die Seniorenvertretungen sehen manche Expert/innen jedoch kritisch.

Die Berliner Seniorinnen und Senioren erhofften sich viel von Wahlen, in erster Linie demokratische Legitimation. Die ersten Wahlen enttäuschen sie sehr. In keinem Bezirk erreicht die Wahlbeteiligung ein Prozent. Die Gründe sind vielfältig, reichen von Defiziten der Organisation bis hin zur fehlenden Bekanntheit des Gesetzes, der Wahl und der Gremien. Wahrscheinlich mangelt es auch an der Überzeugung, dass sich mit der Wahl Dinge wesentlich ändern könnten.

Das Selbstbild der Berliner Seniorinnen und Senioren differiert. Im Osten verstehen sich die Aktiven mehr als Helferinnen und Helfer. Ihre Arbeit ist sehr praktisch ausgerichtet – mit Sprechstunden und Beratung in Wohn- und



Heidemarie Fischer

Dr. Ludger Vielemeier



Rentenfragen etwa. Im Westen herrscht eher das Bild der aktiven Seniorinnen und Senioren als politische Interessenvertretung, als Partei, als Anwalt vor.

Dieses neue, moderne Selbstverständnis, dass ältere Menschen selbst Sitz und Stimme habe, dass sie ihre politischen Interessen selbstbestimmt vertreten, ist vor allem in den Seniorenvertretungen zu Hause. Der Beirat verkörpert das alternative Modell. Er ist tendenziell obrigkeitstaatlich aufgestellt und versteht sich als Expert/innengremium.

Professor Dienel kritisiert diese Doppelkonstruktion. Funktion und Zusammensetzung seien vermischt, es gebe ein Geflecht von Mitgliedschaft und Zuständigkeiten. Die Doppelkonstruktion, so die conclusio, sei verwirrend, intransparent und ineffektiv. Dennoch sei es nicht durchsetzbar gewesen, den Beirat aufzulösen.

Auch die Seniorenvertretungen haben ein Migrationsproblem. Die Studie ergibt: Die Gremien der älteren Menschen in Berlin sind von außen nicht leicht zugänglich; es gibt eine gewisse Tendenz zur Abschließung. Professor Dienel hebt die Arbeit des Kompetenz-Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (KomZen) hervor. Deren Coaching, das sie zeitweise gemeinsam mit der FES durchführen, sei sehr erfolgreich. Es gelte da weiterzumachen und die Arbeit des KomZen zu unterstützen.

Professor Dienel schlägt ein Bündel von organisatorischen Maßnahmen vor, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Zugleich warnt sie davor, die Bedeutung der Wahlen zu überschätzen. Es gebe auch andere Formen demokratischer Legitimation. Sollte die Wahlbeteiligung bei den nächsten beiden Urnengängen jeweils unter zwei Prozent bleiben, müsste die Politik über Alternativen nachdenken.

Ziel muss es auch sein, den Kreis der Aktiven zu erweitern, etwa durch die Selbstverpflichtung der Gremien, sich selbst zu erneuern. So könnten bei jeder Wahl ein Drittel der Mitglieder neu hinzukommen.

Weitere Vorschläge zielen darauf, die praktische Arbeit zu verbessern. Es gelte, die Vertretungsregelungen praxistauglicher zu fassen. Das Budget müsse erhöht, die Abrechnungsverfahren entbürokratisiert werden.

Als Resümee hebt Professor Dienel hervor, das Gesetz habe Legitimität gestiftet. Die politische Arbeit der Seniorinnen und Senioren werde wert geschätzt.

Lob für das Gutachten und deren Auftraggeber, die Friedrich-Ebert-Stiftung ...

gibt es zum Beispiel von der Vorsitzenden der Berliner Landesseniorenvertretung, Heidemarie Fischer. Gleichzeitig bemängeln kritische Stimmen aus dem Publikum, dass das Gutachten mehr Fragen hätte beantworten können. Außerdem wird kritisiert, dass die Arbeit der bezirklichen Seniorenvertretungen in der Untersuchung zu wenig gewürdigt worden sei.



Debatte: Seniorinnen und Senioren streiten für besseres Gesetz

In der lebhaften, teilweise sehr emotionalen Debatte informiert Ülker Radziwill, MdA, über den Stand der Verhandlungen mit dem Senat über eine Reform des Berliner Mitwirkungsgesetzes. Danach soll die Wahl zu den Seniorenvertretungen nicht mehr nur an einem Tag stattfinden, sondern eine Woche dauern. Überdies wird es in jedem Bezirk drei bis fünf Wahllokale geben. Die Liste der Kandidat/innen soll frühzeitig aufgestellt werden, damit sie sich auf den Wahlveranstaltungen präsentieren können. Für die Öffentlichkeitsarbeit werden Mittel bereit gestellt. Auf vielfachen Wunsch ist zudem geplant, die Bestimmung über die Mindestzahl der Mitglieder in den Seniorenvertretungen in eine Sollklausel abzuändern.

Die Vorsitzende der Berliner Landesseniorenvertretung, Heidemarie Fischer, zeigt sich enttäuscht über die geplante Novelle. Bettlägerige blieben nach wie ausgeschlossen, ebenso ältere Menschen, die im Krankenhaus liegen müssten. „Das ist eine minimale Lösung“. Betont Fischer, „wir nehmen das so hin“, sagt sie, „aber auf ein Neues in der nächsten Legislatur.“ Ziel der Berliner Seniorenvertretung ist die Briefwahl. Die kostet etwa eine halbe Million Euro. Ülker Radziwill zweifelt, ob diese Lösung politisch durchsetzbar ist.

Inge Frohnert weist auf einen anderen wunden Punkt hin: Seit vier Jahren wisse die Politik, dass es große Probleme mit den Wahlen gebe. Warum, fragt sie, dauere es dann so lange, bis sich die Berliner Politik zu einer Reform des Gesetzes entschließe. Inge Frohnert hat als Berliner Sozialpolitikerin seinerzeit zu den Aktiven gezählt, die das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz mit auf den Weg gebracht haben.

Die Befugnisse der Seniorenvertretungen in den Ausschüssen sind sehr begrenzt, klagten mehrere Teilnehmer/innen. Ein Rederecht gebe es nur für ein Thema, die Altenplanung. Viel zu wenig, so der einhellige Tenor. Und Anträge dürften die Seniorenvertreter überhaupt keine stellen. Überdies gebe es beim Umgang der Bezirksvorsteher/innen, der Bezirksämter mit den Mitgliedern der Seniorenvertretungen große Unterschiede. Viele sind konstruktiv, manche aber auch destruktiv, so die Bilanz der Senior/innen. Ihre Forderung: Die Rechte der Mitwirkung weitergehender und präziser zu fassen.

Radziwill sagte zu, sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren für die Erweiterung des Rederechts einzusetzen. Es sei aber politisch schwierig durchzusetzen, dass die Seniorenvertretungen ein eigenes Antragsrecht bekommen.

Die finanzielle Ausstattung der Seniorenvertretungen: ein einziges Ärgernis. Die Mittel sind äußerst knapp bemessen, die Verfahren zur Erstattung von Auslagen sehr bürokratisch. Jede einzelne Fahrt zu einer Gremiensitzung wird abgerechnet. Die Senior/innen beklagten zudem, dass die Bezirksämter die Erstattung unterschiedlich handhaben. Die Folge: Ältere Menschen mit knappen Renten können sich ein Engagement in den Vertretungen nicht leisten. Radziwill bedauert, dass es nicht gelungen sei, zweckgebundene Gelder in den Etats der Bezirke festzuschreiben. Ihr Vorschlag: Die Mitglieder der Vertretungen bekommen BVG-Jahreskarten.

Das Reformkonzept von Heidemarie Fischer reicht viel weiter. „Was wir wollen, ist nicht nur Mitwirkung, sondern auch Mitbestimmung, um die Gesellschaft mitzugestalten.“ Immer mehr Bürger/innen seien laut Fischer mit der gegenwärtigen Politik nicht einverstanden, fühlten sich nicht einbezogen. Wichtig sei auch für andere gesellschaftliche Gruppen, etwa für junge Menschen



Vertretungen, in diesem Fall ein Jugendparlament, zu schaffen. Wenn die Politik mit der Integration früher anfangen, könne sie sich möglicherweise den einen oder anderen großen Konflikt ersparen. Auch andere gesellschaftliche Gruppen müssten einbezogen werden. Zum Beispiel junge Menschen mit einem Jugendparlament. MdA Radziwill weist darauf hin, dass Mitbestimmung in repräsentativen Instanzen begrenzt sei.

Professor Dienel warnt eindringlich vor zu großen Hoffnungen auf eine umfassende Gesetzesreform, insbesondere des Wahlverfahrens. Dieses Verfahren sei – zugegeben – kompliziert. Aber eine ganz normale Wahl, wie sich das viele Senior/innen wünschen, sei in der repräsentativen Demokratie verfassungsrechtlich undenkbar. In diesem Fall wäre eine Bevölkerungsgruppe doppelt vertreten. Das Ergebnis der langen und mühseligen Verhandlungen – ein fein ziselierter Kompromiss. „Mehr ist nicht drin.“

Entscheidend für den Erfolg der politischen Arbeit sei auch nicht so sehr das Wahlverfahren. Viel wichtiger seien die Beteiligungsrechte, also die Tatsache, dass Verwaltung und Politik die Seniorenvertretungen anhören müssen, bevor sie entscheiden, dass also zum Beispiel in Berlin kein Straßenübergang mehr gestaltet werden kann, wenn nicht zuvor die Seniorenvertretungen angehört worden sind.

Österreich: Vorbild für Deutschland

Österreich ist viel weiter als Deutschland, die Seniorenvertretungen haben wesentlich mehr Rechte. Auch die finanziellen Ressourcen sind viel größer. Österreich ist Vorbild. Die Details erläutert Wolfgang Braumandl,

Sekretär der Geschäftsführung der österreichischen Seniorenvertretung.

Die österreichischen Seniorinnen und Senioren haben ihre Errungenschaften erkämpft, betont Braumandl. Die älteren Menschen haben sich schon vor dem 2. Weltkrieg organisiert. In fast jedem Ort gibt es zwei Seniorenorganisationen.

Der Bundesseniorenbeirat berät das Sozialministerium, die Seniorenkurie begutachtet Gesetze und der österreichische Seniorenrat ist die gesetzliche Interessenvertretung, eine Rechtsperson, die vor fünf Jahren zum fünften Sozialpartner aufgestiegen ist.

Österreich hat den gesetzlichen Rahmen für eine schlagkräftige Lobbyarbeit geschaffen. Der Einfluss der Seniorenlobby wirkt im gleichen Maße wie bei vergleichbaren Interessensvertretungen. Bei seniorenpolitisch relevanten Fragen kann die Politik keine Regelungen treffen, ohne zuvor mit den Seniorenorganisationen gesprochen und verhandelt zu haben. Das gilt auch für Rentenfragen. Jedes Jahr verhandelt der österreichische Seniorenrat mit der Bundesregierung über die Anpassung der Renten.

Diese hohe Anerkennung, diesen einmaligen Stellenwert haben sich die österreichischen Seniorinnen und Senioren erstritten, ohne dass die Vertreter/innen durch Wahlen legitimiert worden sind. Wahlen sind im österreichischen System nicht vorgesehen.

Dafür aber Einrichtungen auf Bundesebene: Die müsse es auch in Deutschland geben, fordert Heidemarie Fischer, „ein Bundesseniorengesetz muss kommen.“

Professor Dienel regt an, auch nach Dänemark zu schauen. Auch dort gebe es ein System von Vertretun-



Dr. Beyhan Şentürk



Ulker Radziwill

gen das sehr gut funktioniere, ein System, das sich von den Einrichtungen in Österreich sehr stark unterscheidet. Die dänischen Vertretungen sind „eine Mischung aus Attac, Bund für Umwelt und Naturschutz und Gewerkschaften.“ Sie gehören zur Graswurzeldemokratie; sie seien ganz weit weg von den Parteien, kommunal und lokal organisiert. Die Einrichtungen leisten praktische Arbeit, beraten vor allem.

Kritik an den Medien

Heidemarie Fischer beklagte die mangelnde Präsenz in den Medien. Die Arbeit der Vertretungen und Beiräte werde kaum beachtet, mitunter gar ignoriert. „Die Medien nehmen von uns Null Kenntnis.“ Darüber hinaus werde ein negatives Altersbild transportiert, denkt die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung. Und: „Im Rundfunkrat sind alle möglichen Gruppen vertreten, aber kein Vertreter der Senior/innen.“ Eine solche Debatte führe zu nichts, so Professor Dienel. Die Presse arbeite aktions-, ereignis- und erfolgsbezogen. Die Presse komme nur dann, wenn die Seniorenvertretungen ein Projekt durchgesetzt hätten, zum Beispiel eine Ampel an einem Bahnübergang.

Grundsatzdebatte

Für das vergleichsweise geringe Engagement älterer Menschen im Bereich der politischen Mitwirkung gibt es eine Vielzahl von Gründen. Die Jüngeren nehmen die Älteren nicht so ernst, klagt Heidemarie Fischer, sie fühlen sich nicht willkommen. Mehrere Teilnehmer/innen fragen, warum ältere Politiker/innen für jüngere Platz machen sollten. Wolfgang Braumandl gibt zu Bedenken, dass Politik im Bundestag oder Nationalrat ein Fulltime Job sei – mit täglichen Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden.

Viele ältere Menschen wollen nur für eine kurze Zeit mitmachen und mitentscheiden. Es schreckt sie aber ab, wenn sie sich festlegen müssen. Älteren fällt es schwer, sich darauf einzulassen, auf wöchentliche Sitzungen zu kommen. Abschreckend wirkt die aufwändige Bürokratie.

Wichtig ist, Nachwuchs zu gewinnen. Und dabei vor allem an Migrant/innen zu denken. Die Gruppe der älteren Migrant/innen fällt zwar – in absoluten Zahlen betrachtet – klein aus. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zählt diese Bevölkerungsgruppe zu jenen, die am schnellsten wächst. Es gilt mehr auf Senior/innen mit Zuwanderungsgeschichte zu zugehen, um sie zu werben und für ein Engagement zu gewinnen.

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Leitung: Bettina Luise Rürup
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Tel. 030 / 269 35 7316
www.fes.de/forumpug

Text: Dr. Ludger Vielemeier, NDR-Hörfunkjournalist
Redaktion: Dr. Beyhan Şentürk, Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktionelle Betreuung: Stephanie Tröder, Friedrich-Ebert-Stiftung
Gestaltung: Meintrup, Grafik Design
Fotonachweis: Titel: istockphoto.com: Mary Hope,
Fotolia.com Bernd Kröger, Ronald Stefanowski
Innen: Ursula Kelm
Berlin, März 2011